

Beamte

Eine beispielhafte Betrachtung von den Zeiten Preußens bis heute¹

oder

Vom Wettbewerbsvorteil zum Parasiten

Vorangestellt sei der Hinweis, dass ich selbst Beamter in der IT des Bundes im letzten (so oder so!) aktiven Jahr bin. Ich bin kein Studierender und meine Kenntnisse der IT habe ich berufsbegleitend ab einer Zeit erworben, in der die sog. „EDV“ in öffentlichen Verwaltungen allenfalls aus Buchungsautomaten in ihrem Kassenwesen bestand. Die systematische Einführung von IT zur Unterstützung von Verwaltungsaufgaben begann im Geschäftsbereich des Bundesfinanzministers ab 1972 durch das persönliche Engagement von rund drei Dutzend Beamten in den einzelnen Bundesländern. Aber das ist eine andere Geschichte.

Warum gibt es eigentlich Beamte?

Tja, warum eigentlich? Einfach ausgedrückt: Sie sind schon seit der Antike ein Herrschaftsinstrument des Staates, d.h. seines Herrschers. Hießen sie damals „Schreiber“ oder „Aedil“, sie waren, unabhängig von der konkreten Herrschaftsform eines Staates, ausführendes Verwaltungsorgan. Es war egal, ob sie nun demokratischen Strukturen (Griechenland oder das frühe Rom) oder Alleinherrschern dienten. Eine Bewertung des Handelns der Beamten ist somit untrennbar verbunden mit der Bewertung des Handelns des bzw. der Herrscher.

Warum wird Preußen weitgehend als „das“ Vorbild angesehen?

Ich denke, der Grund hierfür liegt in der Erfolgsgeschichte des Staates von der Streusandbüchse des Heiligen Römischen Reiches zur anerkannten europäischen Großmacht, die nicht unwesentlich in der Zentralisierung der Verwaltung des nach den Wirren des Dreißigjährigen Krieges nunmehr absolutistisch ausgerichteten Staates zu suchen ist. Das für erforderlich erachtete stehende Heer benötigte nun einmal stetig fließende Gelder. Darüber hinaus lieferte das Militär einen Großteil des „Beamtennachschiebes“. Interessanterweise gab es einen Zeitraum, in dem ein nicht aus dem Militär stammender Bewerber zunächst einige Jahre unentgeltlich tätig sein musste, bevor er dann eine Entlohnung erwarten konnte.

Entwicklungen im Kaiserreich

Das preußische System wurde von allen Bundesstaaten grundsätzlich übernommen. Allerdings gab es Unterschiede – ich nenne es einmal „landsmannschaftliche Ausprägungen“ – in der inneren Struktur der Beamenschaft. Gemeinsam war allen die Ausrichtung auf den Souverän in treuer und gewissenhafter Pflichterfüllung. Auch in diesem Zeitalter entwickelten sich Tendenzen hin zu einer Obrigkeit eigenen Zuschnitts – schon im Kaiserreich begann das Wachstum des Beamtenstandes mit der Zunahme der nur durch Beamte wahrnehmbaren Verwaltungsaufgaben (Lehrer) – unter der Überschrift „treue Pflichterfüllung“. Dies scheint mir der zunehmenden Gefährdung der gesellschaftlichen Stellung des Beamtentums durch die rasch wachsende Schicht des wirtschaftlich erfolgreichen Bürgertums geschuldet zu sein, denn diese Zeit war wirtschaftlich eine der dynamischsten der deutschen Geschichte. Es wäre interessant gewesen, zu sehen, wie sich dieses wachsende Spannungsverhältnis ohne die politischen Entwicklungen nach dem I. Weltkrieg weiter entwickelt hätten.

¹

Heute sind damit **alle** öffentlich Bediensteten, unabhängig von ihrem Status, eingeschlossen.

Die Weimarer Republik, das Dritte Reich und die Anfangsjahre der Bundesrepublik

Die Diener der Monarchie wurden in Deutschland nach dem Krieg aufgefordert, im Amt zu bleiben und sozusagen „business as usual“ zu betreiben, aber der Anker, der Monarch, ihn gab es nicht mehr! Für die Ausprägung eines Treueempfindens gegenüber der Republik war die Zeit nicht nur zu chaotisch, sondern auch entschieden zu kurz. So nimmt es wenig wunder, dass die Beamtenschaft mit überwältigender Mehrheit die neuen Zeiten begrüßte und einen Großteil der „Märzgefallenen“² bildete. Allerdings wurde diese Anpassung an den Herrscher nur zwölf Jahre belohnt und hätte leicht fatal enden können. Jedoch kam es für das Gros des Beamtenkorps nicht ganz so schlimm, da die Überlebenden von den Besatzern wegen ihrer administrativen Fachkenntnisse in der sich abzeichnenden bipolaren Nachkriegswelt gebraucht wurden.

Sofern man im Tausendjährigen Reich nicht allzu exponiert gewesen war, hatte man gute Aussichten, die Entnazifizierung im Westen oder die erforderliche rote Einfärbung im Osten zu überstehen und mit einer nahtlosen Karrierefortsetzung durchstarten zu können. Der Beamtenapparat war überschaubar und in seinen Tätigkeitsfeldern auf die wesentlichen hoheitlichen Aufgaben beschränkt. Der Grund hierfür waren beschränkte Personal- und Finanzressourcen einerseits, sowie die Vorrechte und Befürchtungen der Besatzungsmächte andererseits. Man brauchte zwar die alten Nazis, wollte jedoch verhindern, dass der alte Geist auch von unten wieder in den Apparat einsickerte.

Die Konsolidierung der Bundesrepublik

Mit der zunehmenden Handlungsfreiheit und dem wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik begann, zunächst schleichend, die Entwicklung, deren schlimmen Höhepunkt wir heute erleben. Interessanterweise war eine Beamtenlaufbahn zunächst deutlich unattraktiver als eine Beschäftigung in der Wirtschaft. Bis in die endsechziger Jahre war die Beamtenbesoldung geringer als die in der Wirtschaft erzielbare Entlohnung. Die Unterschiede betragen bis zu 25%. Bemerkenswert ist der über lange Zeit kleine Personalbestand. Insbesondere gab es wenige Häuptlinge (höherer Dienst mit Studium) und Unterhäuptlinge (gehobener Dienst mit Abitur). Dies sollte sich über die Jahrzehnte mit einer scheinbar plausiblen staatlichen Aufgabenvermehrung drastisch ändern.

Wie alle derartigen Veränderungen begannen auch diese zum Schlechteren schleichend. Ihre Ursache lag in etwas Positivem, nämlich dem zunehmenden Wohlstand, den auch ein Herr Adenauer wählerstimmenwirksam zum Stimmenkauf benutzte, indem er das Rentensystem auf das Umlagesystem umstellen ließ. Die folgenden Rentenerhöhungen waren wirksame Werkzeuge zum Stimmenkauf, und dieses Prinzip sollte von allen seiner Nachfolger weitergeführt und ausgeweitet werden. Der Weg in den Abgrund war damit vierspurig ausgebaut und asphaltiert worden.

Der Weg von der Demokratie zur Ochlokratie

Ende der sechziger Jahre wurde der Weg, an dessen Ende wir uns nun befinden, unwiderruflich eingeschlagen. Die beginnende Wende hin zum Sozialismus wurde auch im öffentlichen Dienst immer deutlicher, nur kurz von der Panik der RAF-Jahre unterbrochen, als mit dem sog. Radikalen-erlass Linke aus der Beamtenschaft ausgeschlossen werden sollten. Die Aufgaben des Staates wurden auf allen Ebenen (Bund, Länder und Gemeinden) immer weiter gefasst, immer neue Behörden wurden gegründet und damit neue Stellen geschaffen. Die Lücke zwischen der Beamtenbesoldung und der Entlohnung in der Wirtschaft wurde „aus Gründen der Gerechtigkeit“ geschlossen, Erhöhungen an die Tarifentwicklung angepasst.

Die Damen und Herren Parteipolitiker, deren Institutionen laut Grundgesetz an der Willensbildung des Volkes mitwirken, hatten gemerkt welches machtpolitische Werkzeug sie da in der Hand hatten. Je mehr der produktiv arbeitende Teil der Bevölkerung sich aus den Parlamenten verabschiedete,

²

Beamten war es bis zur Machtübernahme verboten, Mitglied der NSDAP zu sein. Dies führte nach der Machtergreifung zu einem Eintritts-Tsunami, den die alten Parteigenossen mit diesem entlehnten Ausdruck verspotteten.

desto wichtiger wurde der systematische Stimmenkauf durch Ausweitung des öffentlichen Dienstes. Dies geschah und geschieht nach der Methode, eine neue Aufgabe zu entdecken, die staatlicherseits gemanagt werden muss. Da alle anderen Institutionen ja bereits am Limit arbeiten, muss man ggf. eine neue Behörde errichten. (Wurde eigentlich jemals eine für eine bestimmte Aufgabe errichtete Behörde wieder aufgelöst, selbst wenn die Aufgabe weggefallen oder in ihrem Umfang signifikant geschrumpft war?) Besonders praktisch in diesem Zusammenhang sind Behörden, die unmittelbar politisch weisungsgebunden sind.

Fazit und Ausblick

Da sind wir nun also in einem Staat gelandet, dessen öffentlicher Dienst nicht mehr den Interessen dieses Staates dient, sondern diesen parasitär aussaugt. Wie vielen Parasiten erscheint es ihnen als vernachlässigbar, dass auch sie am Ende zusammen mit dem Wirt zusammen sterben werden. Aber, und das muss jedem bewusst sein, auch diese Beamtenenschaft ist nur ein Werkzeug in den Händen der Herrscher! Ihnen dient³ der Beamte letztendlich. Wenn diese Herrscher nun im Laufe ihrer Herrschaft degenerieren, dann ändert sich für den Beamten nichts an seiner Rechtsposition. Eine solche Änderung kann er nur durch eine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf eigenen Wunsch erreichen. Es ist in meinen Augen verständlich, dass der Einzelne dies angesichts der Arbeitsmarktlage nicht tun kann oder will.

Einschub: Es entbehrt in der heutigen Zeit nicht einer gewissen Komik, dass ein Beamter mit der Ablegung des Amtseids die Verpflichtung eingeht, aktiv für die Erhaltung der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik einzutreten, jedoch disziplinarisch belangt werden kann, wenn er dies, z.B. mit Verweis auf die Grundgesetzverletzungen der zweiten Frau im Staat, tatsächlich tut. Da ist der Dienstherr dann schnell mit der Dienstpflichtverletzung zur politischen Zurückhaltung bei der Hand.

Festzuhalten bleibt, dass ein Wettbewerbsvorteil im Absolutismus (Preußen) zum Parasiten (heute) werden kann. Verschiedene Systeme⁴ bilden dieses Werkzeug unterschiedlich aus. Für den heutigen Beamten wird es jedoch anders ausgehen als nach 1945. Dies hat mehrere Gründe:

- Der öffentliche Dienst wird im Kaiserreich auf höchstens 10% des heutigen Umfangs eingedampft, da die Auswüchse des Nanny–Staats abgeschafft werden.
- Die Auswahl der kaiserlichen Beamten unterliegt keiner Zeitnot, da der Systemwechsel alle Staaten Europas umfassen und es daher keine Bedrohungen des Staates von außen geben wird.
- Außerhalb des Sicherheitsapparats dürfte es sehr weniger Beamter mit allgemeinen Organisationsfähigkeiten bedürfen. Hier dürfte es im Kaiserreich keines Entgelts bedürfen, die prestigeträchtige Adeldomie dürfte reichen.

Ich schließe nun den Bogen zu meiner Einleitung mit der Feststellung, dass ich erst ab 2010 aufgewacht bin, als ich, von der Islamkritik kommend, über die Hartgeld–Akademie Geld verstehen lernte. Auch wenn es in Deutschland ein vergleichsweise milder Systemwechsel werden sollte, so wird er doch trotz Vorbereitung gefährlich und hart werden. Insoweit trifft es also den öffentlichen Dienst genauso wie alle anderen.

Viel Glück!

Michael Janz, im Mai 2017

³ Ein Beamter steht gegenüber dem Staat in einem gesetzlichen besonderen Dienst- und Treueverhältnis. Hieraus abgeleitet wird die Verpflichtung des Staates, ihn angemessen zu alimentieren.

⁴ In der Staatsform der Monarchie im Deutschen Reich (Dauer ~<50 Jahre) waren durchaus Veränderungen zum Schlechten erkennbar, deren letztendliche Ausprägung durch den Untergang des Reichs nicht eintrat. Das heutige System hatte hingegen bis jetzt fast 70 Jahre Zeit.